

Beschluss

Aufbruch zum Klimagipfel in Paris: Klima schützen – Kohleausstieg einleiten!

Die Erderwärmung schreitet dramatisch voran. In der Westantarktis wurde ein gefährlicher Kipppunkt des Klimasystems der Erde überschritten. Der Eisschild ist instabil geworden und beginnt zu zerfallen. Ein Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern hat so unumkehrbar begonnen. Die Überflutung von Küstenstädten und ganzen Inselstaaten ist praktisch vorprogrammiert. Zunehmende Extremwetterereignisse auch bei uns lassen das Ausmaß der drohenden Klimakatastrophe erahnen. Wenn es nicht gelingt, den weltweiten Temperaturanstieg auf höchstens 2 Grad zu begrenzen, werden die katastrophalen Folgen des Klimawandels weiter zunehmen und immer mehr Regionen zerstören. Millionen von Menschen mussten aufgrund schwerer Umweltzerstörungen bereits ihre Heimat verlassen. Der Handlungsbedarf war noch nie größer als jetzt. Doch ungeachtet dessen steigen die Treibhausgas-Emissionen rasant weiter an. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verzeichnet derzeit den stärksten Anstieg seit 30 Jahren.

Paris 2015: Ernstfall für den Klimaschutz

Damit wird der Klimagipfel in Paris 2015 zum Ernstfall für den Klimaschutz. Um die Chance zu wahren, das 2-Grad-Ziel einzuhalten, müssen sich die Staaten der Welt dort endlich auf ein neues Klimaabkommen einigen und ehrgeizige Gegenmaßnahmen beschließen. Dafür ist es notwendig, dass die Industriestaaten Verantwortung übernehmen und nach dem Prinzip der „Gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ einen größeren Beitrag für den Klimaschutz leisten. Gemeinsam mit den anderen Europäischen Grünen Parteien werden wir dafür kämpfen, dass der Pariser Klimagipfel ein Erfolg wird.

Doch ausgerechnet Deutschland und Europa drohen vor dieser Aufgabe zu versagen. So bleiben die von der EU für 2030 angepeilten Klima- und Energieziele weit hinter dem Notwendigen zurück. Der Bestandsschutz für die Kohle und das Aufschieben der Emissionshandelsreform sind ein Offenbarungseid. Wir fordern nach wie vor drei verbindliche, ambitionierte und kohärente Ziele für 2030 - für Emissionsminderung, den Ausbau der Erneuerbaren und Energieeinsparung.

Beim Vorbereitungstreffen der Staats- und Regierungschefs in New York blieb der Stuhl von Kanzlerin Merkel leer. Während eine Million Menschen weltweit für mehr Klimaschutz demonstrierten, besuchte die Kanzlerin lieber die jährliche Tagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Diese Absage an den Klimaschutz war ein peinlicher Tiefpunkt deutscher Klimapolitik.

Deutschland weiter auf dem Kohlepfad

Schlimmer noch: Die Politik der Bundesregierung lässt Deutschland im Klimaschutz immer weiter zurückfallen. Trotz des Erfolgs der erneuerbaren Energien steigen die deutschen Treibhausgas-Emissionen. Auch wenn der milde Winter 2014 eine kurzfristige Entlastung schafft: Auf die-

sem Pfad wird Deutschland das Klimaschutz-Versprechen von Kanzlerin Merkel, die deutschen Emissionen bis 2020 um 40% zu senken, meilenweit verfehlen.

Schuld daran ist die boomende Kohleverstromung. Aus Braunkohle, dem klimaschädlichsten Energieträger weltweit, wurde 2013 so viel Strom gewonnen wie seit der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr. Doch Kanzlerin Merkel und ihr Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel stellen die dreckige Kohle unter Bestandsschutz und bremsen die Erneuerbaren Energien im Stromsektor aus. Im Verkehrsbereich, bei der Wärmeversorgung und der Energieeffizienz hat überhaupt noch kein Umdenken stattgefunden. Dadurch ist das inhaltlich immer noch nicht konkretisierte Klima-Aktionsprogramm von Umweltministerin Hendricks schon gescheitert, bevor es überhaupt beschlossen wird.

Der Grüne 3-Punkte-Plan fürs Klima

Dem Null-Punkte-Plan der Bundesregierung stellen wir Grüne drei Punkte für den Klimaschutz gegenüber:

1. **Klimaschutzgesetz verabschieden:** Damit beim Klimaschutz alles zusammen passt, braucht es endlich einen gesetzlichen Rahmen statt großkoalitionärer Flickschusterei. Verbindliche Klimaziele für die Sektoren Verkehr, Energie, Gebäude, Industrie und Landwirtschaft stellen den Klimaschutz auf eine breite Basis.
2. **Kohleausstieg einleiten:** Mit einer klugen Kombination aus Markt- und ordnungspolitischen Instrumenten wollen wir den notwendigen Strukturwandel im Kraftwerkspark erreichen. Nimmt man die Klimaziele - unsere Treibhausgasemissionen bis 2050 um 95 Prozent zu reduzieren - ernst, ist der Kohleausstieg keine Frage des "ob", sondern nur noch des "wie". Zu diesem Zweck wollen wir CO₂-Grenzwerte für Kraftwerke festlegen und die alten Klimakiller aus dem Markt drängen. Neue Tagebaue wollen wir durch eine Novelle des Bundesberggesetzes ausschließen und die Befreiung von Förderabgaben für bestehende Tagebaue aufheben. Um den am Boden liegenden Emissionshandel zu stärken, setzen wir uns für die Einführung eines nationalen CO₂-Mindestpreises in Form einer Steuer auf CO₂-Zertifikate von 15-20 Euro ein. Die immissionsschutzrechtliche Privilegierung der Kohleverstromung wollen wir abschaffen und die Quecksilber-Grenzwerte auf das deutlich strengere US-amerikanische Niveau anheben. Um Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu gewährleisten, kann ein ökologischer Flexibilitätsmarkt den Einsatz und Neubau von flexibel einsetzbaren erneuerbaren Energien, hochflexiblen Gaskraftwerken, Speichern und abschaltbaren Lasten anreizen.
3. **Klimaschädliche Subventionen abbauen:** Die Förderung fossiler Energiequellen durch Steuervergünstigungen und direkte Zuschüsse in Milliardenhöhe muss Schritt für Schritt abgebaut werden. Stattdessen wollen wir in den nationalen und internationalen Klimaschutz investieren.

Klimaschutz nur mit Grün

Mit diesen Maßnahmen wollen wir Deutschland auf die Erfolgsspur bringen – für den Klimaschutz, für Investitionen in die Technologien von morgen, für zukunftsfähige Arbeitsplätze, für Energieunabhängigkeit und für zusätzliche finanzielle Freiräume durch eingesparte Energiekosten. Dass durch kluges und entschiedenes Handeln sich Wirtschaft und Klimaschutz gegenseitig befördern, dafür lieferte der Calderon-Bericht zur neuen Klima-Ökonomie gerade erst wieder Belege. Künftig werden sich jene durchsetzen, die auf saubere, intelligente und zukunftsfähige Technologien setzen.

Die grün-regierten Bundesländer zeigen heute schon, wie es geht: Nordrhein-Westfalen hat 2013 das erste Klimaschutzgesetz Deutschlands verabschiedet. Mit den darin festgelegten ver-

bindlichen Klimazielen macht sich das industrielle Kernland der Bundesrepublik bereit für die ökologische Transformation seiner Wirtschaft. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Bremen und Niedersachsen folgten diesem Beispiel, auch Hessen und Schleswig-Holstein planen verbindliche Klimaziele, Wo Grün regiert, steht der Klimaschutz an erster Stelle.

Bündnis 90/Die Grünen richten ihren Kompass, dass die Profite von heute nichts konsequent auf morgen aus. Wir wissen wert sind, wenn unsere Lebensgrundlagen von morgen dadurch zerstört werden. Die Nutzung des Klimakillers Kohle muss ein Ende haben. Wir haben die Konzepte, wie Deutschland nach dem Atomausstieg auch einen sozialverträglichen und geordneten Kohleausstieg schafft.